

Wieso sollen junge Leute SVP wählen?

Referat anlässlich des Höhenfeuers vom 31. Januar 2003 auf dem Bachtel

Euer Präsident Daniel Wäfler hat mir die Aufgabe gestellt, heute Abend hier darzulegen, weshalb junge Leute SVP wählen sollen. Ich möchte das Thema etwas ausweiten und auch auf die Frage eingehen, weshalb junge Leute überhaupt Politik betreiben sollten.

Was ist Politik? – Im Duden findet sich dafür folgende Umschreibung: „Auf die Durchsetzung bestimmter Ziele besonders im staatlichen Bereich und auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens gerichtetes Handeln von Regierungen, Parlamenten, Parteien und weiteren Organisationen.“ Wer ausserdem noch etwas im Internet herumschmökert, wird dort noch zahlreiche weitere Definitionen finden. Mit diesen wollen wir uns hier jedoch nicht herumschlagen. Für uns gilt, Politik ist alles, was mit der Gestaltung des öffentlichen Lebens zu tun hat, wobei „öffentlich“ recht weit zu fassen ist, denn zahlreiche Fragen der Politik haben einen sehr direkten Einfluss auf unser Leben. Selbst Bereiche, die wir als sehr persönlich betrachten, werden in Gesetzen geregelt, und diese Gesetze werden von Politikern gemacht. Das ZGB beispielsweise regelt unser Leben von vor der Geburt bis nach unserem Tod. Es bestimmt, dass ein Fötus – unter Vorbehalt der Lebendgeburt – Erbe sein kann und legt das Verfahren fest, wie nach dem Tod eines Menschen mit dessen Nachlass zu verfahren ist. Dazwischen bestimmt es, welche Rechte und Pflichten Personen haben können und regelt wichtige Fragen des Zusammenlebens in Ehe und Familie. Das ist nur ein Gesetz, daneben gibt es Hunderte von weiteren Gesetzen und jährlich kommen allein auf Bundesebene ein paar tausend Seiten neuer Gesetze hinzu. Fast alles ist irgendwie geregelt, und es ist daher im Grunde nicht nachvollziehbar, dass sich jemand nicht für Politik interessiert – ausser natürlich bei der reinen Tagespolitik, in der es um den blossen Schlagabtausch, um reines Hickhack geht. Hier ist es teilweise sogar sehr verständlich, dass sich die Leute angewidert von der Politik abwenden. Das ist nicht die Politik, von der hier die Rede sein soll. Uns geht es heute abend ganz allgemein um die Möglichkeiten, unsere Lebensumstände nach unserem Willen zu beeinflussen.

In unserer Gesellschaft gibt es viele Gruppierungen, die mit ganz verschiedenen Mitteln, auf die Erreichung dieser Ziele hinarbeiten. Dies sind vor allem die Parteien, aber auch „Bewegungen“, Interessengruppen und Verbände.

Die Parteien lassen sich in einem Spektrum von recht nach links einordnen. Es gibt auch andere Betrachtungsweisen, doch hat sie sich recht gut bewährt. Die Einteilung stammt übrigens aus der Zeit der französischen Revolution als die Jakobiner in der Nationalversammlung ihre Plätze vom Präsidenten aus links einnahmen. Diese Sitzeinteilung findet sich praktisch in allen modernen Parlamenten.

Was versteht man nun aber inhaltlich unter links und rechts? Auch hier wollen wir uns um Klarheit bemühen, und darum kann ganz einfach sagen: es geht um den Grad der Freiheitlichkeit in den Aussagen und Forderungen der jeweiligen Partei:

Linke Parteien sind für möglichst viel Staat. Das geht hin bis zum Kommunismus, in dem es überhaupt kein Privateigentum mehr gibt. Rechte, bürgerliche Parteien hingegen wollen den Einflussbereich des Staates zurückdrängen. Sie setzen statt dessen auf Privatinitiative und Eigenverantwortung. Dieses Schema behält seine Gültigkeit auch, wenn man die so genannten Rechtsextremen mit einbezieht, denn diese haben mit Freiheitlichkeit genau so wenig am Hut wie die Kommunisten. Diese beiden Ideologien kommen sich sowohl inhaltlich wie auch hinsichtlich ihrer

Auswirkungen sehr nahe. Das letzte Jahrhundert kannte beides, beide Male mit verheerendem Resultat, beide Male mit Dutzenden von Millionen Toten. Die inhaltliche Nähe kommt übrigens auch im Begriff „Nationalsozialismus“ zum Ausdruck. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Schrift „Freiheit statt Sozialismus“ von Christoph Blocher, die vor gut einem Jahr für einiges Aufsehen gesorgt hat. Es kann bei mir auf dem Parteisekretariat bezogen werden.

Wieso soll sich ein junger Mensch nun aber für Politik interessieren? Ganz einfach, weil es ihn ganz direkt betrifft. Es ist ganz einfach nicht nachvollziehbar, wie sich jemand nicht an einer Abstimmung beteiligen kann, wenn es um die eigene AHV geht. Das ist unlogisch, das ist dumm. Nehmen wir die Gold-Initiative der SVP, die einen wesentlichen Beitrag geleistet hätte zur Sicherung dieses wichtigen Sozialwerks. Wer hat wohl mehr Interesse an einer sicheren AHV? Derjenige, der bereits jeden Monat seinen Check bezieht, oder derjenige, der am Anfang seines Berufslebens steht, und dem jeden Monat ein ansehnlicher Teil seines Lohnes für Sozialabgaben abgezogen wird?

Wieso soll ein junger Mensch sich nun aber ausgerechnet für die Politik der SVP interessieren und dieser Partei seine Stimme und damit sein Vertrauen geben? Auch hier ist die Antwort einfach: Weil die SVP als einzige Regierungspartei noch die Kraft hat, tatsächliche Probleme und Missstände aufzuzeigen und eigene Lösungen zu fordern. Dies lässt sich an einigen Beispielen unschwer belegen. Nicht zufällig handelt es sich um unserer Schwerpunktthema im laufenden Wahlkampf.

Atmen Sie mal alle tief durch, geniessen Sie die frische Bergluft, hier auf dem Bachtel. – in der Zeit die Ihr jetzt dafür gebraucht habt, hat sich die Zinsbelastung der öffentlichen Hand, d.h. von Bund, Kanton und Gemeinden um etwa Tausend Franken erhöht, pro Sekunde geben wir über 300 Franken aus, um lediglich die Zinsen unserer Staatsschulden zu begleichen. Pro Stunde immerhin über eine Million. Seit 1990 haben sich die Staatsschulden deutlich mehr als verdoppelt, auf Bundesebene allein fast verdreifacht. Was ist der Grund dafür? – Ganz einfach wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, haben zu viel ausgegeben und die Dynamik des Ausgabenwachstums deuten nicht auf eine Verbesserung der Situation hin. Dass das Problem einzig und allein auf der Ausgabenseite zu finden ist, zeigt allein schon die Tatsache, dass sich die Situation von den Gemeinden zum Bund hin verschlechtert. Das heisst nichts anderes, als dass das Geld dort vernünftiger, d.h. zurückhaltender, ausgegeben wird, wo eine demokratische Kontrolle vorhanden ist. Fehlt diese, so sind der Geldverschleuderung Tür und Tor geöffnet. Ein Grund mehr, sich für Politik zu interessieren.

Das Problem liegt also darin, dass wir zu viel Geld ausgeben. Obwohl die Lösung nach dieser Analyse auf der Hand liegt und simpler nicht sein könnte, schlägt nun die Stunde der Politiker - diesmal in einem durchaus negativen Sinn. Jedem Kind wird einleuchten, dass man nun sparen muss, aber nicht unseren Politikern. Sie stellen zunächst fest, dass alles eben nicht einfach, sondern sehr komplex sei und setzen eine Expertenkommission ein. Nur ja keine griffigen Massnahmen!

An diese Stelle ist etwas Bemerkenswertes einzufügen: Die SVP wird doch immer wieder als grobe „Vereinfacherin“, für die es nur schwarz und weiss gibt, hingestellt. Doch sind es nicht vielmehr die ewigen „Verkomplizierer“ die enormen Schaden anrichten? Die Leute die diskutieren, abwägen, auf die Komplexität einer Sachfrage hinweisen, nur um nicht entscheiden und Massnahmen einleiten zu müssen? Häufig sind die Probleme nämlich gar nicht so kompliziert, es braucht nur den Willen und den Mut zum Handeln.

Dies lässt sich anhand der Ausländer- und Asylpolitik sehr schön darlegen: Die Missstände in diesem Bereich sind offensichtlich: Das Asylrecht wird in grossem Ausmass missbraucht und die Bewältigung des Ansturms verschlingt Milliarden. Eine ganze Asyl-Industrie lebt davon. Die SVP hat mit ihrer zweiten Volksinitiative eine Lösung präsentiert. Allein unter diesem Druck bequemten sich die für die Stadt Zürich zuständigen Behörden die unhaltbaren Zustände rund um die Langstrasse in Ordnung zu bringen. Und siehe da – es war möglich. Leider nur für kurze Zeit, denn bereits am Tag nach der Volksabstimmung erlahmte der Ordnungswille, und heute haben wir schon wieder fast die gleichen Zustände wie vor einem Jahr. Ihr seht, es hängt lediglich vom politischen Willen ab.

Auch beim nächsten Thema – der Wirtschaftsförderung und dem Kampf gegen die wuchernde Bürokratie – wüssten eigentlich all, was zu tun ist:

- Weniger Vorschriften
- Weniger Beamte
- Kürzere Bewilligungsverfahren
- Einschränkung der Beschwerdeverfahren
- Transparente Entscheidungsverfahren

Sobald es aber darum geht, genau das umzusetzen, gibt man klein bei und gibt Studien in Auftrag, obwohl diese Studien bereits X-mal gemacht worden sind. Es ist heute beispielsweise unbestritten, dass eine tiefe Staatsquote entscheidend ist für den wirtschaftlichen Erfolg eines Staates. Und trotzdem machen unser Parlamentarier kaum etwas anderes, als Beschlüsse zu fassen, die die Staatsquote in die Höhe treiben.

Es gibt nur eine Ausnahme. Es gibt eine Partei, die das Naheliegende macht. Das ist die SVP.